

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 14

Artikel: Belgrad erwartet mehr Zuckerbrot als Peitsche
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092922>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić zur Lockerung der Sanktionen gegen Serbien

Belgrad erwartet mehr Zuckerbrot als Peitsche

Nach längerem Zögern hat der UNO-Sicherheitsrat die Lockerung der internationalen Sanktionen gegen Serbien und Montenegro auf Anfang Oktober beschlossen, was dem offiziellen Belgrad die Gelegenheit gibt, dies als Erfolg seiner eigenen Politik darzustellen. Nach monatelangem Insistieren auf Selbstgenügsamkeit und Abwendung von Europa und der ganzen Welt, die, wie es in Belgrad hiess, mit einem Hass auf die Serben erfüllt sei, kann man nun wieder hören, dass Serbien Teil dieser Welt sei und zu dieser zurückkehren müsse.

Es ist inzwischen sogar Nervosität zu spüren, erfolgt diese Rückkehr in die Welt doch nicht so rasch wie nun plötzlich erwünscht. So erhält jedes Anzeichen aus Moskau, Paris oder London, dass sie sich in diese Richtung engagieren wollen, in Serbien grosse Publizität.

Massive Kritik des Patriarchen an Belgrad

Verständlich ist diese Geisteshaltung um so mehr, wenn man sich vor Augen hält, dass die Sanktionen eigentlich nur «kosmetisch» umgearbeitet worden sind, was zwar zugegebenermassen durchaus ein moralisches Gewicht, in der Praxis aber kaum etwas geändert hat. Auch wenn, wie erinnerlich, in einer Umfrage der Wochenzeitschrift «NIN» im Mai dieses Jahres die meisten Befragten erklärten, was sie am meisten treffe, sei die Sperre jugoslawischer Sportler an internationalen Veranstaltungen, so werden jetzt Fussballspiele das Leben im Lande bestimmt nicht erleichtern.

Dasselbe mag man auch von der Wiederaufnahme des Flugverkehrs sagen: Wohin soll man denn fliegen, wenn die meisten wichtigeren Länder für die Bürger aus der «Bundesrepublik Jugoslawien» die Visapflicht eingeführt haben und diese sehr restriktiv gehandhabt wird? Übrigens hatte sich der Patriarch der Serbisch-Orthodoxen Kirche, Pavle, sich rundweg geweigert, für seinen Besuch in Russland mit der jugoslawischen Fluggesellschaft JAT von Belgrad nach Moskau zu fliegen. Dies mit den Worten: «Dieser Flug ist mit dem Blut des serbischen Volkes in Bosnien bezahlt, das Belgrad nur wegen des Luftverkehrs

jetzt unter Blockade gestellt hat.» So hatte der betagte Patriarch die beschwerliche Variante gewählt, die den Serben und Montenegrinern während der Sanktionen als einzige noch offenstand, nämlich über Land zuerst nach Budapest und von dort dann nach Moskau zu fliegen. Es ist kaum anzunehmen, dass andere Serben diesen Weg ebenfalls wählen werden.

Aufhebung der Sanktionen in der Reihenfolge ihrer Verhängung?

Auch die dritte Lockerungsbestimmung des Sicherheitsrates, die den Kulturaustausch mit dem Ausland wieder freigibt, vermag keines der brennenden Probleme zu lösen, mit denen das Land konfrontiert ist. Und es ist auch fraglich, ob dieser Kulturaustausch den durch die Geschehnisse angeslagenen Ruf Jugoslawiens wird korrigieren können.

Belgrad erhofft sich deshalb eine möglichst baldige Aufhebung weiterer Embargobestimmungen durch den Sicherheitsrat. «Logisch wäre», meinte Ende September die Belgrader Wochenzeitschrift «Vreme», «die Sanktionen würden in derselben Reihenfolge aufgehoben wie sie verhängt worden sind. Die Experten aber glauben nicht so ganz an einen solchen Ablauf.» Die Zeitschrift vermutet eher, dass nur «Zwischenschritte» erfolgen werden, wobei vor allem den Interessen der Nachbarstaaten besonders Rechnung getragen würde, die schon genug Schaden wegen der ihnen durch die Sanktionen gegen Jugoslawien zugefallenen Verpflichtungen erlitten haben.

Nur indirekte Lockerungen wahrscheinlich

So könnten zunächst Erleichterungen für Einfuhrbewilligungen kommen, dann könnten die Fluss- und Meereshäfen wieder geöffnet werden, gefolgt von der Wiederzulassung des Transitverkehrs und der Handelsbeziehungen, und schliesslich die Freigabe des Kapitals bis hin zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank. «An der Spitze dieser Pyramide stünde, allem Anschein nach aber noch weit oben, die

Die Sanktionen sind eigentlich nur «kosmetisch» umgearbeitet worden, was zwar durchaus ein moralisches Gewicht, in der Praxis aber kaum etwas geändert hat.

Wiedereingliederung in die UNO und in die KSZE.»

«Alles in allem», meinte «Vreme» bei ihrer Einschätzung der Lage, «glauben nur wenige daran, dass die USA, deren Vertreter ihre Skepsis gegenüber Milošević immer wieder betonen, der vollständigen Aufhebung der Sanktionen durch den Sicherheitsrat zustimmen würden. Sollte dieser Fall dennoch eintreten, könnte es sein, dass die Kriegsoption in Belgrad neuen Auftrieb bekäme, und dann könnte Russland sein Veto gegen eine Neueinführung der Sanktionen einlegen. Deswegen werden vielleicht durch Resolutionen einige Bestimmungen ausser Kraft gesetzt, aber vor allem werden wohl eher andere Wege wie beispielsweise das Nachlassen von Kontrollen gesucht.»

Erleichterungen für Donaustaaten

Als ob sie diesen Kommentar gelesen hätten, haben die Teilnehmer an der 39. Konferenz der Donauländer Anfang Oktober in Wien Massnahmen zur Wiederbelebung des Donauverkehrs vereinbart, der früher 50 bis 70 Tonnen Waren befördert hatte, während es vergangenes Jahr nur noch deren knapp 18 Tonnen waren, was vor allem auch die Ukraine, Bulgarien, Rumänien, aber auch die anderen Anrainerstaaten stark getroffen hat.

Demzufolge sollten in nächster Zeit die Donauschiffe ohne die Beobachter des Sanktionenausschusses wieder fahren können, und um den Transport zu beschleunigen, soll die Kontrolle der Fracht bei der Einfahrt in jugoslawische Gewässer wesentlich verkürzt werden. Für unter jugoslawischer Flagge fahrende Schiffe bleibt die Sperre allerdings bestehen.

Geldreform brachte nur Anfangserfolge

Das würde bedeuten, dass der «lange Weg zurück in die Welt» tatsächlich sehr lang würde, was für Serbien und Montenegro in jeder Hinsicht unabsehbare Folgen hätte. Die Anfangserfolge des Geldreformprogrammes von Dragoslav Avramovic Anfang dieses Jahres begin-

«Dieser Flug ist mit dem Blut des serbischen Volkes in Bosnien bezahlt, das Belgrad nur wegen des Luftverkehrs jetzt unter Blockade gestellt hat.» (Der Patriarch der Serbisch-Orthodoxen Kirche)

nen inzwischen zu schwinden, was eigentlich zu erwarten war, weil diese monetarischen Massnahmen — die Einführung einer gesunden Währung mit Bindung des Dinars an die deutsche Mark — zwei Schlüsselprobleme nicht lösen konnten: die Abschaffung des Überschusses an Arbeitnehmern (er wird auf 900 000 Personen geschätzt) und die Umstrukturierung der Wirtschaft auf ertragbringende Produktion.

Die Behauptung, dass diese heute um etliche Prozent höher sei als vor einem Jahr, verliert an Bedeutung, wenn man bedenkt, dass gleichzeitig Wirtschaftsverluste in Milliardenhöhe hingenommen werden mussten. Das zeigt, dass auch nichtrentable Produktion durch Bankkredite aufrechterhalten wurde. Jeder Versuch, Arbeitnehmer zu entlassen oder unrentable Betriebe zu liquidieren, wird mit Streiks beantwortet, die erst dann beendet werden, wenn den Streikenden bestimmte Geldsummen — auf Kosten der Arbeitenden natürlich — ausbezahlt werden. Das bedeutet wiederum also nur die gleichmässige Aufteilung des Elends auf alle, was auf Dauer nicht funktionieren kann und jeden Fortschritt verunmöglicht.

Zerfall Jugoslawiens brachte auch wirtschaftlichen Niedergang

Noch kürzer ist die Wirkung politischer Parolen, mit denen versucht wird, die Lage zu entschärfen: «Die Opposition ruft zum Streik auf, um die Regierung zu stürzen, und das sollten doch die Arbeiter nicht billigen.» Tatsächlich sind die Streiks nicht das Werk der Opposition, sondern der Ausdruck der Angst vor dem Absinken in noch grösseres Elend nach einem Arbeitsplatzverlust. Die Opposition nützt diese Angst nur aus.

Die Probleme sind um so grösser, als die wirtschaftlichen Verbindungen Serbiens zu den anderen ehemaligen Teilrepubliken nach dem Auseinanderfallen von Titos Jugoslawien fast gänzlich unterbrochen wurden. Beispielsweise lag die einzige Pw-Fabrik im ehemaligen Jugoslawien, «Zastava», im serbischen Kragujevac, an deren Autoproduktion aber eine ganze Reihe von Betrieben aus allen Teilrepubliken mitbeteiligt war, während das Werk sozusagen als Gegenleistung das Verkaufsmonopol auf dem ganzen jugoslawischen Gebiet innehatte.

Die Fabrik produzierte jährlich rund 250 000 Automobile. Heute muss sie schon sehr erfinderisch sein, um die Produkte zu ersetzen, die sie früher aus den Teilrepubliken bezog, und um einen Absatzmarkt zu finden, nachdem ihr zwei Drittel der Abnehmer abhanden gekommen sind. Heute produziert die Fabrik denn auch noch knapp 17 000 Autos, was

Die Geldreform vermochte zwei Schlüsselprobleme nicht zu lösen: die aus Wirtschaftsgründen notwendige Entlassung von 900 000 Arbeitnehmern und die Umstrukturierung der Wirtschaft auf ertragbringende Produktion.

Die Probleme sind um so grösser, als die Wirtschaftsverbindungen Serbiens zu den anderen Teilrepubliken fast gänzlich unterbrochen sind.

Es stellt sich die Frage, für wie lange sich der soziale Frieden mit Versprechungen erkaufen und sich die relative innenpolitische Stabilität aufrechterhalten lassen.

weit unter der Limite der Rentabilität liegt.

Doch das ist nicht nur das Los Serbiens, sondern aller ehemaliger Teilrepubliken wie Mazedonien, Kroatien, Slowenien. Sie alle sind die Verlierer. Zur Illustration mag hier Slowenien dienen, früher und auch jetzt die leistungsstärkste Republik. In Slowenien stehen heute 877 000 Erwerbstätigen rund 130 000 Arbeitslose gegenüber. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres musste Slowenien ausserdem einen Ausfuhrverlust von nahezu 270 Mio US-\$ hinnehmen; einzig im Handel mit einem Teil der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens erzielte Slowenien einen positiven Saldo. Auch hier zeigt sich also, dass der Verlust des einstigen Marktes nur schwer zu kompensieren ist. Ebenso schwierig ist auch der Anschluss an Westeuropa, ganz einfach, weil die slowenische Industrie jener im Westen stark hinterherhinkt.

Und wenn die Lage in Slowenien schon so schwierig ist, so ist sie noch schwieriger in Serbien und Montenegro, die bereits zu Zeiten Jugoslawiens im Vergleich zu den entwickelteren Teilen des Landes rückständig waren. Die internationalen Sanktionen haben das nur noch verschlimmert. Natürlich vermöchte auch eine blitzartige Aufhebung der Sanktionen die Lage nicht sofort zu verbessern. Die rasante wirtschaftliche Talfahrt begann nicht mit den Sanktionen, sondern mit dem Zerfall Jugoslawiens, und die Sanktionen waren nur das Tüpfelchen auf dem i.

Belgrad verspricht «lichte Zukunft» ohne Sanktionen

Sicherlich aber würde eine Aufhebung der Sanktionen einen weniger schmerzhaften und schnelleren Ausweg aus der Krise ebnen. Hier findet das offizielle Belgrad, gerade mit der Manipulierung von Tatsachen, auch die Erklärung für alle Schwierigkeiten, mit denen das Volk konfrontiert wird, und hier findet es auch das Terrain für das Versprechen einer «lichten Zukunft», sobald die «unmenschlichen und ungerechten» Sanktionen abgeschafft würden.

Solche Versprechungen wirken im Augenblick auf die Öffentlichkeit ein und führen zu einer gewissen Entspannung in der Gesellschaft, während die vom Sicherheitsrat bereits beschlossenen Lockerungen den Ankündigungen Belgrads, wonach mindestens die schwerwiegendsten Sanktionen wie die Einfuhrsperre für Energierohstoffe bald aufgehoben würden, einen Hauch von Glaubwürdigkeit verleihen. Es stellt sich aber doch die Frage, für wie lange sich der soziale Frieden mit Versprechungen erkaufen

und sich die relative innenpolitische Stabilität aufrechterhalten lassen. Es genügt ein plötzlicher Kälteeinbruch wie in diesen Tagen, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung doch wieder vorbricht, weil Heizmaterial für die grosstädtischen Heizungen nach wie vor fehlt.

Sprungbereite Opposition

Die Lage wird um so schwieriger, weil nach der Blockade Serbiens gegen die bosnischen Serben, die die Öffentlichkeit hier noch immer nicht ganz geschluckt hat, von Belgrad neue «kooperative» Schritte in Richtung einer Lösung der jugoslawischen Krise als Ganzes erwartet werden. Gerade das ist der Punkt, auf den der kriegesrische gesinnte Teil der Opposition — Sešeljs Radikale Partei, die Demokratische Partei Serbiens mit Kostunica, die Demokratische Partei mit Djindjić und einige kleinere Parteien — gewartet hat, um mit Hilfe des Missmuts in der Bevölkerung gezielt politische Änderungen zu erreichen.

Nach längerem Schweigen hat sich jetzt auch die älteste Opposition hierzulande, der Serbische Schriftstellerverband, gegen die Blockade der bosnischen Serben ausgesprochen. Dies wird zwar sicherlich nicht die neue Politik Miloševićs beeinflussen, denn der grössere Teil der Bevölkerung lehnt den Krieg ab. Ebenso sicher ist aber auch, dass diese Gegnerschaft Milošević daran hindern wird, sich rascher und konsequenter in den Friedensbemühungen zu engagieren, besonders was seinen Einfluss auf das Verhalten der Serben in Bosnien und Kroatien betrifft.

Der Westen führt gegenwärtig im Verhältnis zu Belgrad eine Politik der «Zuckerbot und Peitsche». Nach dem oben Gesagten kann man schliessen, dass Belgrad der Meinung ist, die Zeit sei gekommen, in welcher es mehr Zuckerbrot geben sollte. ■